



Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik

Ein Jahr nach Veröffentlichung der „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ kann die Bundesregierung erste greifbare Erfolge bei der Umsetzung vorweisen. Zu den wichtigsten Ergebnissen gehören:

- Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft konnten im Dezember 2020 die **EU-ASEAN-Beziehungen zu einer „Strategischen Partnerschaft“** aufgewertet werden. Dies wird den Austausch mit diesem für die Region zentralen Staatenverbund intensivieren und zu konkreten Erleichterungen für zahlreiche Bereiche der regionalen Zusammenarbeit führen, wie der Abschluss des Luftverkehrsabkommens CATA im Juni 2021 zeigt.
- Auf Initiative von Deutschland, Frankreich und den Niederlanden wird die **Europäische Kommission** und der Europäische Auswärtige Dienst im September eine Mitteilung zur **Indo-Pazifik-Strategie** vorlegen. Dazu haben die Außenminister den Hohen Vertreter sowie die EU-Kommission im April 2021 beauftragt. Diese EU-Strategie wird den gemeinsamen europäischen Ansatz in der Region stärken.
- Im April 2021 hat die Bundesregierung den deutschen **Beitritt zu der von Indien initiierten *International Solar Alliance*** beschlossen. Dies wird die bereits bestehende enge Zusammenarbeit mit Indien im Klimaschutz, zu Klimaanpassung und erneuerbaren Energien intensivieren.
- Im August 2021 ist die Fregatte BAYERN zu ihrer **Ausbildungs- und Präsenzfahrt im Indo-Pazifik** aufgebrochen. Damit unterstreicht Deutschland seine Verantwortung für maritime Sicherheit und den Erhalt der regelbasierten internationalen Ordnung auch in der Region. Gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien hatte Deutschland zuletzt im September 2020 in einer rechtswahrenden Erklärung gegenüber den Vereinten Nationen die völkerrechtliche Position zu Seegebietsansprüchen im Südchinesischen Meer dargelegt.
- Mit **Beitritt zum regionalen Anti-Piraterie-Regime ReCAAP** im August 2021 fördert Deutschland die maritime Sicherheit im Indo-Pazifik. ReCAAP sorgt für einen raschen Informationsaustausch über Seeüberfälle auf einer Handelsroute, über die zwei Drittel der Waren weltweit ausgetauscht werden – und somit die Handelsnation Deutschland betrifft.
- Bilateral hat Deutschland die **Kooperation mit unseren Partnern in der Region gestärkt**: Im Juni 2021 wurden die Beziehungen zu Australien zu einer „Erweiterten



Strategische Partnerschaft“ aufgewertet. Mit Japan fanden im April 2021 erstmals gemeinsame Beratungen der Außen- und Verteidigungsministerinnen und -minister statt. Seit März 2021 können mit Japan auf der Grundlage eines bilateralen Geheimschutzabkommens hochvertrauliche Daten ausgetauscht werden.

- Im August 2021 hat das neu geschaffene **Regionale Deutschlandzentrum** in Singapur seine Arbeit aufgenommen, um mit Fakten der Desinformation über außen- und sicherheitspolitische Entwicklungen in der Region entgegenzuwirken.

Fortschritte in den einzelnen Handlungsfeldern

1. Multilateralismus stärken

1.1. Aufwertung der EU-ASEAN-Beziehungen

Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft wurden die EU-Beziehungen zu ASEAN im Dezember 2020 auf die Ebene einer „Strategischen Partnerschaft“ gehoben. Mit diesem Bekenntnis Europas und Südostasiens zu multilateraler Zusammenarbeit sind künftig 37 Staaten und 1,1 Mrd. Menschen noch enger durch gemeinsame Interessen – u. a. Klimaschutz, Multilateralismus, regelbasierte internationale Ordnung – miteinander verbunden. Für das zweite Halbjahr 2022 wird erstmals ein eigener EU-ASEAN-Gipfel geplant.

Durch die Zusammenarbeit soll die Handlungsfähigkeit von ASEAN als multilaterales Herzstück in der Region gestärkt werden. Angesichts der Krise in Myanmar erfährt der Staatenverbund derzeit eine Bewährungsprobe. Die Bundesregierung unterstützt ASEAN dabei, Myanmar zur Rückkehr auf einen friedlichen und demokratischen Weg anzuhalten.

1.2. Verdichtung der sicherheitspolitischen Beziehungen zu ASEAN

Am ASEAN-Verteidigungsministertreffen Plus (ADMM+) im Dezember 2020 nahm Deutschland erstmals auf Ministerebene als Gast teil. Damit erkennt Deutschland die zentrale Rolle ASEANs in der regionalen Sicherheitspolitik an. In ihrer Rede hob Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer die sicherheitspolitische Bedeutung des indo-pazifischen Raums für Deutschland und Europa hervor und betonte das gemeinsame Interesse an friedlichen Konfliktlösungsmechanismen.

1.3. Ausweitung der deutschen Entwicklungspartnerschaft mit ASEAN

Deutschland ist größter bilateraler Geber für ASEAN unter den EU-Mitgliedstaaten: Der laufende Prioritätenkatalog (2018- 2022) umfasst 33 Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von



131 Mio. Euro, davon 47,3 Mio. Euro in laufenden Projekten. Dabei erweitert Deutschland seine Unterstützung in weiteren Sektoren:

- Seit September 2020 unterstützt Deutschland das *ASEAN-Koordinationszentrum für Humanitäre Hilfe und Katastrophenmanagement (AHA Center)* darin, in der Region den Katastrophenschutz aufzubauen. Damit hilft Deutschland bei der Bewältigung humanitärer Krisen in der Region wie der Rohingya-Flüchtlingskrise in Rakhine (Myanmar).
- Im November 2020 kündigte Deutschland an, 5 Mio. Euro in den *COVID-19 ASEAN Response Fund* zu geben. So engagiert sich Berlin erstmals im ASEAN-Gesundheitssektor – und ist zudem größter Geber des Fonds.

1.4. Initiative für eine EU-Indo-Pazifik-Strategie

Nachdem Deutschland, Frankreich und die Niederlande jüngst ihre Indo-Pazifik-Politik formuliert haben, soll im September 2021 nun die Europäische Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst eine gemeinsame Strategie für die Region vorlegen. Auf Initiative der drei Staaten hatte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten im April 2021 den Hohen Vertreter und die Europäische Kommission damit beauftragt. Die EU-Strategie wird zu einem kohärenten europäischen Ansatz im Indo-Pazifik-Raum beitragen.

2. Dem Klimawandel entgegentreten und die Umwelt schützen

2.1. Internationale Klimaschutzinitiative

Seit September 2020 hat Deutschland die Finanzierung von zwölf Vorhaben der Internationalen Klimaschutzinitiative bewilligt, bei denen Partner im Indo-Pazifik im Kampf gegen den Klimawandel unterstützt werden. Die Zusammenarbeit erstreckt sich von Projekten zur nachhaltigen Konjunkturbelebung (Indonesien, Indien, Thailand) über die Förderung umweltfreundlicher Kühlung (Vietnam, Thailand) bis hin zu Maßnahmen, um die Kohlendioxid-Emissionen transparent zu verringern (Papua Neuguinea).

2.2. Beitritt zur *International Solar Alliance*

Noch 2021 wird Deutschland der *International Solar Alliance (ISA)* beitreten, die von Indien und Frankreich initiiert worden war. Dies hatte die Bundesregierung im April 2021 beschlossen. Dadurch kann Deutschland mit den ISA-Mitgliedstaaten multilateral den Ausbau der Solarenergie und somit den Fortschritt der globalen Energiewende mitgestalten. Mit dem Beitritt wird Deutschland seine enge Kooperation mit Indien im Klimaschutz, zu Klimaanpassung und erneuerbaren Energien intensivieren und Indien bei seinem Ziel unterstützen, bei Nachhaltigkeitsthemen internationale Verantwortung zu übernehmen.

2.3. Förderung der Energiewende in Südostasien



Ende 2020 wurde die Initiative *Southeast Asia Energy Transition Partnership (ETP)* ins Leben gerufen, die eine nachhaltige Energiewende in Südostasien unterstützen will. Zur Gruppe der staatlichen und privaten Förderer gehört auch Deutschland (mit 4 Mio. Euro bis 2025). Die Partnerschaft konzentriert sich zunächst auf Staaten mit hohem Kohleverbrauch, also Indonesien, Vietnam und die Philippinen. Später soll das Engagement auf ganz Südostasien ausgedehnt werden. Zudem will ETP die Geberkoordinierung und den Austausch zwischen Projekten in der Region fördern. So stimmt sich etwa das Regionalprojekt *Clean, Affordable and Secure Energy for Southeast Asia (CASE)* engt mit der ETP ab.

Als eines der Projekte der bilateralen Zusammenarbeit zur Energiewende u. a. mit Indonesien, Vietnam, den Philippinen und Thailand startete im Juni 2021 ein Vorhaben, das in Vietnam die Energieeffizienz erhöhen soll. Damit soll die Kühlung von Gebäuden verbessert und in der Öffentlichkeit das Bewusstsein hierfür gestärkt werden. Die Klimatisierung von Gebäuden ist einer der größten Treiber des steigenden Energiebedarfs in Südostasien. Ergebnisse sollen dann auf andere tropische Staaten übertragen werden.

2.4. Gründung eines deutsch-australischen Wasserstoffakkords

Im Juni 2021 vereinbarten Deutschland und Australien die Gründung eines deutsch-australischen Wasserstoffakkords, um Innovationen für Grünen Wasserstoff zu fördern: Forschung und Industriekooperation sollen intensiviert und perspektivisch auch der Handel von Wasserstoff und seinen Derivaten zwischen beiden Staaten gefördert werden. Dabei spielt der geplante Innovations-Inkubator „HyGATE“ eine zentrale Rolle. Grüner Wasserstoff ist nicht nur eine Schlüsseltechnologie zur Dekarbonisierung von Deutschland und Australien, sondern auch ein Wegbereiter für nachhaltiges Wirtschaftswachstum auf dem Weg zur Klimaneutralität.

2.5. Ausbau von Klimarisikofinanzierungslösungen

Der *InsuResilience Solutions Fund (ISF)* unterstützt Klima- und Katastrophenrisikofinanzierungs- und -versicherungslösungen auch in Indo-Pazifik, um arme und besonders verletzte Menschen gegen Extremwetterereignisse zu wappnen. In Indien etwa soll ein öffentlich-privates Partnerschaftsprojekt seit März 2021 die Klimaresilienz des Bundesstaats Nagaland stärken, indem der Versicherungsschutz gegen Naturkatastrophen verbessert wird. In Nepal fördert der ISF seit diesem Jahr die Einführung einer Versicherung, um hochwassergefährdete Kleinbauern und marginalisierte Menschen zu schützen.

3. Frieden, Sicherheit und Stabilität stärken

3.1. Sicherheitspolitischer Beitrag zur regelbasierten internationalen Ordnung

Im Zeitraum August 2021 bis Februar 2022 wird sich die Fregatte BAYERN auf Ausbildungs- und Präsenzfahrt u. a. auch im Indo-Pazifik aufhalten. Deutschland trägt damit zur



Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung bei. Ein bedeutender Bestandteil der Präsenz- und Ausbildungsfahrt ist die Überwachung der Sanktionen des VN-Sicherheitsrats gegen Nordkorea. Die Überwachung beinhaltet die Beobachtung und Meldung auffälliger Vorkommnisse wie Umladungen von Schiff zu Schiff. Auf der Rückfahrt nach Deutschland durchquert die Fregatte das Südchinesische Meer. Zur Sanktionsüberwachung koordiniert sich Deutschland mit anderen Nationen zur maritimen Lagebilderstellung im *Pacific Security Maritime Exchange*. Zudem wird die Fregatte mit der zeitweisen Teilnahme an den Operationen *Sea Guardian* (NATO) und *Atalanta* (EU) zu Bündnisverpflichtungen bzw. Handlungsfähigkeit der Organisationen beitragen. Angefragte Hafenbesuche in der gesamten Region bringen den inklusiven Ansatz der deutschen Indo-Pazifik-Politik zum Ausdruck.

3.2. Rechtlicher Beitrag zur regelbasierten internationalen Ordnung

Unter der Leitung der Max-Planck-Stiftung für Internationalen Frieden und Rechtsstaatlichkeit sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ASEAN-Sekretariat und den ASEAN-Mitgliedstaaten darin ausgebildet werden, das VN-Seerechtsübereinkommen UNCLOS einheitlich auszulegen und anzuwenden. Dadurch stärkt Deutschland maritime Sicherheit in Südostasien und wirkt Konflikten präventiv entgegen.

Dies flankierte die Bundesregierung im Juli 2021 mit der Gründung einer Freundesgruppe des VN-Seerechtsübereinkommens in New York. Diese will ein Forum schaffen, in dem Fragen und Herausforderungen mit Bezug zum Seerecht erörtert werden können. Der Gruppe gehören inzwischen über 100 Staaten an, darunter auch die USA, Russland und China.

3.3 Rechtswahrende Erklärung zu Lage im Südchinesischen Meer

Zur Wahrung des Seevölkerrechts im Südchinesischen Meer hat Deutschland im September 2020 gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien eine rechtswahrende Erklärung bei den Vereinten Nationen hinterlegt. Darin wird die folgende völkerrechtliche Position festgehalten: Wahrung der Integrität und Universalität des VN-Seerechtsübereinkommens, mit dessen Regeln und Prinzipien alle Seegebietsansprüche im Südchinesischen Meer übereinstimmen müssen (wie im UNCLOS-Schiedsspruch vom Juli 2016 zwischen den Philippinen und China verbindlich festgestellt); Beachtung der UNCLOS-Regelungen zur friedlichen Streitbeilegung; zur ungehinderten Ausübung der Freiheiten der hohen See, insbesondere für Schifffahrt und Überflug, und des Rechts auf friedliche Durchfahrt.

3.4 Schutz vor Piraterie im Indo-Pazifik

Seit August 2021 ist Deutschland Mitglied des Übereinkommens über die regionale Zusammenarbeit bezüglich der Bekämpfung der Seeräubererei und bewaffneter Raubüberfälle auf Schiffe in Asien (ReCAAP). Über dieses Regime werden durch raschen Informationsaustausch und Beratung der Anrainerstaaten beim Kapazitätsaufbau Piraterie-Vorfälle bekämpft bzw. vorgebeugt. Für Deutschland nimmt die Bundespolizei See die Aufgaben im ReCAAP wahr.



Deutschland hat zudem die Entsendung eines Verbindungsoffiziers an das *Information Fusion Center (IFC)* der singapurischen Marine verlängern können. Das IFC erstellt mithilfe der von den Mitgliedsstaaten geteilten Informationen ein umfassendes maritimes Lagebild. Davon profitiert die Exportnation Deutschland, die auf offene und sichere Seewege zwischen Europa und Asien angewiesen ist.

3.5. Sicherheitspolitische Konsultationen mit Wertepartnern

Sowohl mit Japan als auch mit Australien führt Deutschland nun gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Konsultationen auf Eben der Ministerinnen und Minister durch („2+2-Format“): Im April 2021 trafen sich erstmals die Außen- und Verteidigungsministerinnen und -minister Deutschlands und Japans zu gemeinsamen Beratungen. Bei dem zweiten „2+2-Format“ mit Australien im Juni 2021 wurde eine erweiterte strategische Partnerschaft auf Außenministerebene gezeichnet.

Im März 2021 ist nach jahrelangen Verhandlungen das Abkommen über den Geheimschutz (GSA) mit Japan unterzeichnet worden. Dies ermöglicht den Austausch von hochvertraulichen Regierungsdokumenten, etwa um die Zusammenarbeit in hochtechnologischen Bereichen zu intensivieren, multilaterale Polizei- und Militäreinsätze zu koordinieren oder in sensiblen Industrien Außenhandel zu ermöglichen.

3.6. Sicherheitspolitische Projekte zur Ertüchtigung

Erstmals wurden Projekte in Südost- und Südasien identifiziert, in denen die Bundesregierung mit Mitteln der Ertüchtigungsinitiative Partner zu eigener Krisenprävention, Krisenbewältigung oder Friedenskonsolidierung befähigt. So soll die kambodschanische Polizei beraten werden, geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, Behörden in Sri Lanka bei der Terrorismusprävention unterstützt und die philippinische Küstenwache im Bereich der Lagebilderstellung ausgestattet und fortgebildet werden.

4. Für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit eintreten

4.1. Erhöhte Projektmittel für Menschenrechtsprojekte

Dank der Erhöhung der Projektmittel des Auswärtigen Amtes für Menschenrechtsarbeit durch den Bundestag konnten auch im indo-pazifischen Raum mehr zivilgesellschaftliche Menschenrechtsprojekte gefördert werden als bisher: Für 2021 sind über 30 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 2 Mio. Euro geplant, eine Steigerung der Mittel um ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr. Darunter sind Vorhaben zur rechtlichen Unterstützung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern, zum Schutz von Frauen und Mädchen vor sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt, zur Reintegration ehemaliger Kindersoldaten und gegen Menschenhandel.



4.2. Resilienz gegen Desinformation dank Regionalem Deutschlandzentrum

Im August 2021 hat das neu geschaffene Regionale Deutschlandzentrum in Singapur seine Arbeit aufgenommen. Dieses wird nun die Außenpolitik der Bundesregierung in Südostasien über Kanäle der Sozialen Medien (u. a. Facebook, Twitter) kommunizieren und mit Fakten der Desinformation über außen- und sicherheitspolitische Entwicklungen in der Region entgegenwirken.

5. Regelbasierten, fairen und nachhaltigen Freihandel stärken

5.1 Fortschritte bei Freihandelsverhandlungen mit der Region

Auf dem EU-Indien-Gipfel vom Mai 2021 haben beide Seiten angekündigt, nach acht Jahren Stillstand die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen wiederaufzunehmen. Auch über Investitionsschutz und geographische Indikationen soll verhandelt werden. Diesen Prozess wird Deutschland unterstützen.

Die Verhandlungen zum EU-Australien-Freihandelsabkommen kommen voran. Nach bisher elf Verhandlungsrunden ist noch für 2022 ein Abschluss zu erwarten. Ebenso gute Fortschritte machen die Verhandlungen zum EU-Neuseeland-Freihandelsabkommen. Nach bisher elf Verhandlungsrunden und dem Besuch des neuseeländischen Handelsministers O'Connor im Juni 2021 in Brüssel wird angestrebt, bis Ende 2021 oder Anfang 2022 eine Einigung zu erzielen werden. Nach einer Pause wurden 2021 auch die Verhandlungen für das Freihandelsabkommen mit Indonesien wieder aufgenommen. Fortschritte bei den Verhandlungen über Freihandels- und Investitionsschutzabkommen mit Indonesien als größtem ASEAN-Mitglied erhöhen die Chancen auf ein EU-ASEAN-Freihandelsabkommen.

5.2. Abschluss des Umfassenden Investitionsabkommens zwischen der EU und China (Comprehensive Agreement on Investment – CAI)

Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft konnten im Dezember 2020 die Verhandlungen mit der Volksrepublik China über das CAI politisch abgeschlossen werden. Es soll gegenüber China wirtschaftspolitische Ungleichgewichte abbauen: Die Volksrepublik verzichtet darin auf unfreiwilligen Technologietransfer, teils auf *Joint-Venture-Zwang*, sagt mehr Transparenz bei staatlichen Subventionen sowie mehr Wettbewerbsgleichheit bei der Regulierung seiner Staatsunternehmen zu, und verpflichtet sich zur Einhaltung von Umwelt- und Arbeitsstandards. Nach chinesischen Sanktionen im März 2021 hat das Europäische Parlament den CAI-Ratifikationsprozess jedoch unterbrochen und dessen Fortgang mit einer Rücknahme der chinesischen Sanktionen verknüpft.



5.3. Stärkung der beruflichen Bildung

Ende 2020 verlängerten Deutschland und die Philippinen bis 2023 ihre Kooperation, die die Reform des philippinischen Bildungssystems unterstützt, zukunftsorientierte Strukturen und Kapazitäten der beruflichen Bildung auf- und auszubauen. Seit 2014 arbeiten beide Staaten diesbezüglich zusammen. Deutschland unterstützt Indonesien dabei, eine nationale Berufsausbildungs-Strategie zu erstellen, indem für eine praxisorientierte Berufsbildung auch Elemente des dualen Systems einbezogen werden.

6. Räume und Märkte regelbasiert vernetzen und digital transformieren

6.1. EU-Konnektivitätsstrategie

Auch auf Betreiben der Bundesregierung haben die EU-Außenminister im Juli 2021 beschlossen, die bisherige EU-Asien-Konnektivitätsstrategie von 2018 in eine globale, ambitionierte Konnektivitätsstrategie umzuwandeln. Die EU-Asien-Konnektivitätsstrategie förderte bislang vor allem Projekte und die politische Kooperation mit Gleichgesinnten im Indo-Pazifik, darunter Indien, Japan und ASEAN. Von der EU und ihren Mitgliedstaaten sind bereits Projekte geplant, etwa im Rahmen der *EU-ASEAN Team Europe Initiative on Sustainable Connectivity*, mit der auch Infrastrukturprojekte im ASEAN-Raum gefördert werden sollen.

6.2. Abschluss des EU-ASEAN-Luftverkehrsabkommens

Nach über fünf Jahren Verhandlungen wurde im Juni 2021 eine Einigung erzielt über ein Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und ASEAN (*Comprehensive Air Transport Agreement, CATA*): Als weltweit erstes regionales Luftverkehrsabkommen wird es den Rahmen setzen für die Kooperation zur Flugsicherheit, zu Flugverkehrsmanagement, Verbraucherschutz sowie Umwelt- und Sozialfragen. Insbesondere nach den Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie wird es den Luftverkehr zwischen ASEAN und Europa wiederherstellen und neue Wachstumschancen eröffnen.

6.3. Gemeinsame Erklärung von EU und ASEAN zur Konnektivität

Im Dezember 2020 hatten die EU- und ASEAN-Außenminister bei ihrem Treffen eine Gemeinsame EU-ASEAN-Erklärung zur Konnektivität verabschiedet. Demnach sollen die Vorteile aus dem Zusammenwirken des *Masterplan ASEAN Connectivity 2025* und der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie für beide Seiten nutzbar gemacht werden. Zwischen EU und ASEAN soll hierzu eine Konnektivitätspartnerschaft vereinbart werden.

6.4. Vereinbarung einer Konnektivitätspartnerschaft mit Indien

Beim EU-Indien-Gipfel im Mai 2021 einigten sich beide Seiten auch auf eine Partnerschaft für nachhaltige Konnektivität und Qualitätsinfrastruktur. Damit können EU und Indien ihre



politische und wirtschaftliche Rolle in Ostafrika, Zentralasien und im Indo-Pazifik durch Kooperationen in Drittländern vergrößern.

6.5. Dialog und Kooperation zur digitalen Transformation

Zusätzlich zu jährlichen wirtschafts- und handelspolitischen Konsultationen mit Japan hat Deutschland im März 2021 auch erstmals einen digitalpolitischen Dialog geführt. Auch mit Südkorea soll ein solcher Dialog noch dieses Jahr aufgenommen werden. Dabei geht es darum, sich über Standards für Schlüsseltechnologien zu einigen und diese Technologien verantwortungsvoll zu nutzen.

7. Menschen über Kultur, Bildung und Wissenschaft zusammenbringen

7.1 DAAD-Wissenschaftszentrum zur Pandemievorsorge in Vietnam

In Vietnam hat der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) im Mai 2021 eines von vier neuen globalen Zentren für Gesundheit und Pandemievorsorge eingerichtet. Dieses soll gegen Infektionskrankheiten vorbeugen und diese behandeln helfen. Auch Forschungspersonal soll durch ein PhD-Programm in experimenteller Medizin, Praktika und Stipendien gewonnen werden. Klinisches und nicht-klinisches Personal wird durch Trainingsworkshops und fachliche Fortbildungsseminare ausgebildet.

7.2. Aufbau eines *Global Water and Climate Adaptation Centre* in Indien

Im Juni 2021 hat der DAAD in Indien das *Global Water and Climate Adaptation Centre* als eines von vier globalen Zentren für Klima und Umwelt eingeweiht. Hier sollen die globalen Herausforderungen der Wassersicherheit und der Anpassung an den Klimawandel erforscht werden.

Das Zentrum bringt Spitzenforscher vom *Indian Institute of Technology Madras* in Chennai mit denen der TU Dresden und der RWTH Aachen zusammen. Auch hier werden zukünftiger Führungskräfte im Umweltbereich durch gemeinsame Master- und PhD-Programme ausgebildet sowie Forschung und Zivilgesellschaft zusammen gebracht.

7.3. Ausbau der Vietnamesisch-Deutschen Universität

Seit April 2021 ist das Regierungsabkommen zum Ausbau der Vietnamesisch-Deutschen Universität in Kraft. Damit soll die Universität in Ho-Chi-Minh-Stadt als Leuchtturmprojekt der bilateralen Partnerschaft im Wissenschaftsbereich zu einer Forschungsuniversität nach deutschem Modell aufgebaut werden.
